

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
für Vierteljahr 3.75, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streichband 1.85 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnummer 10 Hfg. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Andergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile über dem Raum 10 Bremen.
W-Fame 30 Hfg. Beilagen unter 25 s je laufend 15 Mt.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 297.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 19. Dezember 1930.

12. Jahrgang.

**Daß unerreichbar hoch das Vorbild alles Guten
und Schönen ob dir steht, das sollte dich entmuten?
Ermuten sollt' es dich, ihm nachzustreben;
Es steht so hoch, um dich stets höher zu erheben.**

Rilke.

Ostpreußens bevölkerungs- politische Not.

Von Oberpräsident a. D. v. Batocki-Bledau.

(Schluß.)

Ob die Aufstiegsmöglichkeiten für die Kinder ostpreussischer Kleinbauern und Landarbeiter in ihrer Heimat geringer sind als die des Nachwuchses großstädtischer Tagelöhner und Fabrikarbeiter, steht dahin. Daß in beiden Fällen der Nachwuchs zum weit überwiegenden Teil in der sozialen Gruppe des Vaters bleiben muß, ist wohl außer Zweifel, da in jedem Betriebszweige und in jeder Gesellschaftsform die Zahl der Handarbeiter stets weit größer sein muß, als die der zu geistiger Führerarbeit Berufenen, eine Erwägung, die selbstverständlich nicht abhalten darf, durch Schaffung von Eigenheimen, Siedlerstellen usw., die Aufstiegsmöglichkeiten der Bevölkerung der Agrargebiete zu verbessern. Daran, daß Orte mit Menschenanhäufung dem Zuziehenden mehr Vergnügen und vielleicht auch mehr geistige Anregung bieten können als das Dorf und die Kleinstadt, läßt sich gleichfalls nicht viel ändern, was aber gleichfalls nicht abhalten darf, alles zu tun, um die Lage der Landbevölkerung auch in dieser Hinsicht zu heben.

Falsch ist es aber, wie das nur allzuoft geschieht, in den bisher erwähnten Dingen den Kernpunkt der Gründe der Abwanderungsnot zu erblicken und die Abhilfe darauf zu beschränken. Den Kernpunkt bilden vielmehr die bei solchen Erörterungen in der Regel viel zu wenig beachtete Frage der Erwerbsgelegenheit.

In allen Betriebsgrößen bietet die Landwirtschaft, nachdem seit vielen Jahren fast aller brauchbare Boden unter den Pflug genommen ist, nur eine fest umgrenzte und nicht beliebig vermehrte Gelegenheit zu menschlicher Arbeitsbetätigung. In jeder Betriebsgröße ist der Landwirt bei steigenden Lebensansprüchen der Gesamtbevölkerung bestrebt gewesen und muß weiter bestrebt sein, den Bedarf an menschlicher Arbeitskraft als den kostspieligsten Produktionsfaktor soweit wie möglich herabzudrücken. In allen Betriebsgrößen in ganz Deutschland haben die Landwirte die gewaltige, binnen einem Menschenalter auf reichlich das Doppelte gestiegene Erzeugung der deutschen Scholle nicht durch vermehrte Verwendung menschlicher Arbeit, sondern im Gegenteil durch bessere unter Erspargung von Handarbeit den Ertrag steigende Methoden erreicht. Nicht nur in Ostpreußen, sondern in ganz Deutschland, in Kreisen mit viel Großbetrieben wie in reinen Bauernkreisen, ist die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten im letzten Menschenalter eher zurückgegangen als gestiegen.

Auf den Hektar gerechnet, ist der Bedarf an Handarbeit im klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, der arbeitsparende Methoden zum Teil nicht so leicht anwenden kann, um einiges, durchschnittlich vielleicht um ein Viertel, stärker als in den größeren Betrieben. Deshalb ist die Aufstellung der Großbetriebe in Kleinbetriebe ein bedeutsames Mittel zur Vermehrung landwirtschaftlicher Arbeitsgelegenheit. Sie kann aber an der Tatsache nichts ändern, daß auch in den Kleinbetrieben das Streben, zwecks Hebung der Lebenshaltung der Familie an menschlicher Arbeitskraft zu sparen, desto stärker werden muß, je mehr die allgemeine Lebenshaltung der Bevölkerung steigt. Die Tendenz, trotz steigender Erzeugung die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen zu verringern, wird also durch die Vermehrung der Kleinbetriebe zwar gehemmt, aber auf die Dauer keineswegs beseitigt.

So ist es denn seit etwa der Mitte des vorigen Jahrhunderts, wo der deutsche Boden im wesentlichen in volle Nutzung genommen und die landwirtschaftliche Arbeit im ganzen nicht mehr wesentlich vermehrbar war, fast ausschließlich die Aufgabe der deutschen Industrie und der mit ihr zusammenhängenden Verkehrsgewerbe gewesen, für die schnell wachsende Bevölkerung, auch für den Zuwachs des ostpreussischen Landvolks, dem die Scholle keine Arbeitsgelegenheit mehr bot, Erwerbsmöglichkeit zu schaffen. Wenn das deutsche industrielle Unternehmertum in den Jahrzehnten vor dem Kriege diese gewaltige Aufgabe erfüllt hat, ja seine Betriebe so auszuweiten mußte, daß außer dem deutschen Nachwuchs auch noch

Hunderttausende von Ausländern in Deutschland Arbeit fanden und seinen Wohlstand mehrten, wenn dann nach der völligen Zerstörung der deutschen Wirtschaft in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren unsere Industrie bei schärfster, handarbeitssparender Rationalisierung nicht nur den dadurch freigesetzten Arbeitskräften, sondern auch dem größten Teil des neuen Volkszuwachses trotz aller innen- und außenpolitischen Hemmungen immer wieder neue Erwerbsgelegenheit schaffte, so ist das ein Erfolg, den eine klarer urteilende Zukunft vielleicht besser würdigen wird als manche Wirtschaftspolitiker unserer Zeit.

Das Unglück und die Tragik für Ostpreußen und die anderen östereichlichen Agrargebiete und indirekt für ganz Deutschland liegt bei dieser Entwicklung aber darin, daß die Industrie aus von ihrem Standpunkt begreiflichen, aber keineswegs absolut zwingenden Gründen, die Arbeitsplätze für den Bevölkerungszuwachs nicht da geschaffen hat, wo dieser entstand, sondern da, wo schon viele Industriebetriebe bestanden und Menschenanhäufung geschaffen hatten. Dadurch vor allem und nur daneben durch alle sonst angeführten Gründe, ist der Menschenzuwachs Ostpreußens und anderer Agrargebiete immer wieder gezwungen worden, die Heimat, die ihm keine Erwerbsgelegenheit bot, zu verlassen und die Menschenanhäufung in den Industriebezirken zu vermehren.

Das muß und wird trotz aller kleinen und im kleinen Maße zeitweilig vielleicht zur Milderung des Übels beiträgenden Mittel auch weiter so fort gehen, die Ungleichheit der Bevölkerungsverteilung — Anhäufung von Volksmassen „ohne Raum“ in den Industriegebieten und Abwanderung, relative Verödung, „Raum ohne Volk“ in den einseitigen Agrargebieten wie besonders Ostpreußen — wird und muß immer verhängnisvoller werden, wenn es nicht wenigstens in Zukunft gelingt, für den weiteren Nachwuchs der Agrargebiete Erwerbsgelegenheit in der engeren Heimat zu schaffen und sie des bisherigen Zwanges zur Abwanderung zu entheben. Wo Klarheit der Erkenntnis und Wille zu der als notwendig erkannten Tat vorhanden ist, da wird sich auch der Weg finden zu dem Ziele, von dessen Erreichung das Schicksal Ostpreußens, der gesamten deutschen Ostmark und so schließlich des ganzen deutschen Volkes abhängt.

Der Moskauer Hochverratsprozeß

Wer bei uns geneigt ist, in den Machthabern des Sowjetstaates eine Horde mehr oder minder sinnlos wütender Mordgefahren zu sehen, der wird von der Begründung der im Moskauer Hochverratsprozeß zum Tode verurteilten Angeklagten aufs äußerste überrascht sein, und es fehlt daher nicht an allerlei abenteuerlichen Erklärungsversuchen für die unerwartete Milde der Sowjetregierung. Am nächsten dürfte man der Wahrheit mit der Unterstellung kommen, daß die Begründung der Hochverratsurteile zu verhältnismäßig geringen Gefängnisstrafen der hinter den Kulissen des Prozesses zwischen Angeklagten und Anklagebehörde vereinbarte Preis für die rückhaltlosen Geständnisse der Angeklagten ist, die dem Rußland Stalins eine Messe, bzw. eine Reihe rollender Köpfe wert sind.

Nicht umsonst verbreitete die dem Bolschewismus zugängliche Weltpresse in aller Herren Länder Tag für Tag die genauesten Berichte über den Fortgang des Prozesses oder vielmehr der Geständnisse (so gab z. B. die in Berlin herauskommende Wochenschrift „Moskauer Rundschau“ alltäglich eine Sondernummer über den Prozeß heraus), nicht umsonst mußten die Angeklagten ihre Geständnisse gleich dem im Gerichtssaal aufgestellten Lautsprecher anvertrauen, nicht von ungefähr macht die Lektüre des Prozeßberichtes den Eindruck, als hielten Professor Alexander Alexandrowitsch Fedotow und seine Genossen einem interessiert aufhorchenden Auditorium geistvolle Vorträge, die unnötig zu unterbrechen sich Staatsanwalt und Gerichtsvorsitzender schwer hüteten, so daß der Prozeßbericht nicht das Bild des sonst oft genug die Klarheit des Tatbestandes trübenden Hin und Her zwischen Anklagebehörde und Angeklagten bietet, sondern sich wie die zusammenhängende romanhafte Darstellung einer großen Verschwörung und Spionageunternehmung liest.

Angesichts dieser Sachlage erhebt sich allerdings die schwerwiegende Frage, ob mit diesem Prozeß nicht überhaupt nur ein Theaterstück über die Moskauer Bühne gegangen ist, bei dem nicht nur die Handlung: Anklage — Geständnis — Verurteilung — Begnadigung, sondern auch der Inhalt der Geständnisse selbst vorher sorgsam redigiert und festgelegt war. Von einem Teil der deut-

schen Tagespresse wird der Moskauer Prozeß in diesem Sinne beurteilt und ad acta gelegt.

Nach meinem Dafürhalten soll man die Dinge aber doch etwas höher bewerten, und es mag daher nachstehend der Versuch gemacht werden, die internationale Bedeutung, die dem Moskauer Prozeß fraglos zukommt, für die eigene politische Erkenntnis nutzbar zu machen. Mag nämlich der Verlauf des Prozesses noch so sehr „inszeniert“ sein, mögen die „Geständnisse“ der Angeklagten noch so sehr den Wünschen der bolschewistischen Machthaber angepaßt sein, so bleibt für den aufmerksamen und kritischen Leser der Berichte allerlei bemerkenswertes und Beherzigenswertes, dessen Bedeutung weit über den eigentlichen Rahmen der verhandelten Geschäftsnisse hinausgeht. Sind doch außerdem die von Moskau ins Ausland geleiteten Aussagen der Angeklagten in ihren Einzelheiten viel zu minutiös, dazu vielfach ganz offenbar auch für den skeptischen Beobachter mit dem Stempel impulsiver Meinungsäußerung versehen, als daß man sie samt und sonders als unwirkliches Theaterspiel abtun könnte.

Die Weltbedeutung dieses Prozesses liegt m. E. darin, daß in ihm die Vorbereitungen zu einem Kriege von schierlich gigantischen Ausmaßen bloßgelegt wurden, und es ist hochinteressant und außerordentlich bezeichnend, daß die letzten Drahtzieher dieses Unternehmens nur zum sehr kleinen Teil in militärischen Kreisen, dagegen zum weitaus überwiegenden Teil in der Weltindustrie zu suchen sind.

Gewiß waren nach den Aussagen der Angeklagten hohe französische Militärs, auch vereinzelte englische Offiziere usw. an den Verschwörungen beteiligt, und von der Sowjetpresse wird Poincaré und der franz. Generalstab als die „Seele des Unternehmens“ bezeichnet, aber im Hintergrund von Bajonetten und Kanonen tauchen doch für das aufmerksame Auge als die eigentlichen Unternehmern dieses geplanten Weltkrieges Weltkapital und Industrie mit einer Deutlichkeit auf, die unbefehdet unserer scharf ablehnenden Stellung dem antikapitalistischen Sowjetstaat gegenüber recht sehr zu denken geben muß.

Schon der Name, den die Partei der Verschwörer in Rußland trägt: „Industriepartei“ weist mit aller Deutlichkeit auf die eigentlichen Hintergründe derselben: „Die Kohle, das Erdöl, Eisen und Stahl, die chemischen Werke, die Textilfabriken, das Verkehrswesen, die Landwirtschaft, die Genossenschaften, der Außenhandel, die Finanzen — überall hatte die Industriepartei ihre Zellen. Die die vom französischen Generalstab ausgehenden Pläne prompt zur Ausführung brachten...“, so steht in Nr. 49 der „Moskauer Rundschau“ vom 28. November 1930, und die Aussagen der Angeklagten bestätigen diese Darstellung voll und ganz. In Frankreich und England aber tauchen als Geldgeber und Drahtzieher des geplanten Krieges Textilfabrikanten, die der Rappahatindustrie, das Komitee der Rußlandgläubiger u. a. m. auf, wodurch das gewaltige Interesse des Weltkapitals an einer Zertrümmerung des Sowjetstaates ins hellste Licht gerückt wird.

Demnach handelte es sich bei der im Moskauer Prozeß abgeurteilten Verschwörung weit weniger um eine Aktion im alten machtpolitischen Sinne, als um den großzügigen Versuch eines internationalen Kapital-Imperialismus, auf den Trümmern des sozialistischen Sowjet-Wirtschaftssystems und gegebenenfalls auf den Trümmern der ganzen Welt um jeden Preis „ins Geschäft zu kommen“. — Es mag sein, daß die eigentlichen Angeklagten im Moskauer Prozeß wenigstens zeitweise ehrlich an eine sogenannte „Befreiung“ ihres Vaterlandes vom roten Sowjetregime glaubten: sie waren aber auch von vornherein bereit, recht erhebliche und besonders wertvolle Teile des „Mitterchen Rußland“ an die Befreier in England, Frankreich und Polen abzutreten. So soll nach den Aussagen die Ukraine und der Kaukasus den genannten Staaten zugesagt worden sein, und die Tatsache, daß bei den Vorverhandlungen von den Angeklagten, die übrigens bereits die Ministerportefeuilles im neuen Rußland unter sich verteilt hatten, bereits ganz bestimmte Abmachungen über die der einstige soziale und wirtschaftliche Struktur des Landes getroffen wurden, daß z. B. sogar die Frage der Entschädigungszahlungen an die durch die Sowjets geschädigten Fabrikbesitzer usw. „gelöst“ wurde, bezeichnet besser als alles andere, daß die Reize aus den roten Ketten in die nicht minder harten und schneidenden der goldenen Internationale ging.

Eine der „wirksamsten“ Kriegsvorbereitungen lag in den überall vorzubereitenden wirtschaftlichen „Kriegen“ im Bereiche der Sowjetunion, und die Pläne, die in dieser Hinsicht ausgearbeitet wurden, lassen mit aller Deutlichkeit die allmächtige Rolle erkennen, die Götz Mammon in der ganzen Sache spielt. Lassen wir ein paar Sätze aus der Aussage des Angeklagten Kassin zum Beweise da-

für folgen: „Die „Industriepartei“ rechnete also außer mit den Krisen in der Industrie und im Verkehrsweisen auf ebensolche Krisen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung und auf die Erweckung der Unzufriedenheit der Bauern- und Arbeitermassen. — Hunger und Not der eigenen Volksgenossen sollten die Mittel zum Erfolge sein! — „Dann ging man zur Organisierung von Diversionen in den einzelnen Punkten, im wärmetednischen Institut usw. über. Als Mittel zur Durchführung dieser Diversionen sah man Verkehrsstörungen ins Auge. — Deswegen bestand die Haupteinstellung darin, einzelne Teile der Industrie lahmzulegen, um sie in Zukunft wieder schnell in Betrieb setzen zu können.“ — Und nun bedenke man, daß diese ganzen Zerstörungspläne dem eigenen Lande und den eigenen Landsleuten galten! —

Man mag zu dem Sowjetstaat stehen, wie man will: Das Eine darf durch den Prozeß als festgestellt angenommen werden, daß die ganze Welt, ganz besonders aber das zwischen den Umstürzern in Moskau und dem ihnen verbündeten imperialistischen Frankreich liegende deutsche Vaterland mit der Ausbeutung der Verschönerung einer schweren Gefahr entronnen ist, und der Verlauf des Prozesses, mag er noch so sehr in einzelnen Punkten an ein Theaterspiel erinnern, muß doch auch dazu mahnen, den mannigfachen Gerüchten und Schauerreden aus dem Bereich der Sowjetunion mit der gebotenen Skepsis gegenüberzutreten, denn die Aussagen der zum Leben begnadigten Angeklagten haben erwiesen, daß die zaristischen Kreise, zu denen sich die Verschwörer rechnen, bis zum heutigen Tage das Aufstellen „Potemkinscher Dörfer“ nicht verlernten: Vielmehr ist die einzige Kunst, die sie vom Zarismus des Ostens übernommen haben, während alles Uebrige im Imperialismus des europäischen Westens wurzelt. Censor.

Genfer Kagenjammer.

Allerhand Völkerrstimmen.

Am 9. Dezember hat die Vorbereitungskommission für die Abrüstungskonferenz ihre am 18. Mai 1926 begonnenen Arbeiten beendet. Man hat den Tag ausgezeichnet mit allerhand Ansprachen, die man allenfalls als Gelegenheitsreden bezeichnen könnte. Immerhin fehlten doch auch nicht Rundgebungen von zweifellos politischer Tragweite.

Der Sowjetdelegierte verlas seinen an den Präsidenten der Kommission gerichteten Brief, um die Gründe klarzulegen, aus denen seine Delegation die ausgearbeiteten Projekte nicht annehmen könne. Aber seine Worte waren nicht die einzige Neuerung von Unzufriedenheit.

Unkugbaren Eindruck machten die Worte Gibsons: „Um offen zu reden, muß ich doch feststellen, daß dieses Projekt weit davon entfernt ist, den gehegten Hoffnungen zu entsprechen. Es läßt eine große Zahl von Faktoren vernachlässigen, auf die wir unser Vertrauen gesetzt hatten, die nach unserer Meinung zu einer wirklichen Rüstungsminderung führen würden. Was wir erreicht haben, löst nicht unser Versprechen ein, zu einer unmittelbaren Verminderung der Rüstungen zu kommen.“ Der amerikanische Delegierte fügte hinzu, er finde allerdings einen kleinen Trost in dem erreichten Abkommen, insofern dies wenigstens eine Stabilisierung der Rüstungen vorsehe und die Einrichtung einer Instanz, die die Aufgabe habe, künftige Konferenzen vorzubereiten, die dann — die einzelnen Etappen auf dem Wege zu wirklicher Abrüstung festsetzen würden. Welch unendlich weiter Weg bis dahin! Was die nächste Konferenz angehe, — so schloß Gibson seine Rede —, so mühten die Regierungen

dort erscheinen mit dem festen Entschluß, viel größere Zugeständnisse zu machen als die, zu denen die diesmaligen Delegationen autorisiert gewesen seien. Für jetzt solle man sich ja davor hüten, bei der Bekanntgabe des Erreichten an die Öffentlichkeit einen allzu optimistischen Ton anzuschlagen.

Der deutsche Delegierte, Graf Bernstorff, dem wir manch wackeres Wort in der Kommission danken, sagte in seiner Schlussrede folgendes: „Die Völker haben einen sicheren Instinkt für die Wirklichkeit. All die Phrasen, so schön sie auch klingen, werden sie nicht zu täuschen vermögen. Sie werden bald erkennen, daß in dem komplizierten Instrument, das aus unseren Arbeiten hervorgegangen ist, gerade das Wesentliche fehlt: Der gute Wille, zu einer Abrüstung zu gelangen.“

Ähnliche Kritiken hörte man auch von schwedischer und norwegischer Seite, und mehr oder weniger verhorren, kamen sie auch in den Reden anderer zum Ausdruck. So erklärte auch der Japaner, man könne nicht leugnen, daß die Konvention keineswegs etwas Ideales darstelle. Die italienische Delegation beschränkte sich darauf, auf den grundsätzlichen Zwiespalt in dem ausgearbeiteten Text hinzuweisen, der nicht die Möglichkeit biete, die gewaltigen Landrüstungen zu beseitigen, die — zur Zeit des Inkrafttretens dieser Konvention — gewisse Mächte vollendet haben würden. „Auch bei der Abrüstungskonferenz“ — so erklärte De Marinis — „wird Italien von dem Wunsch befeuert sein, eine Regelung der Rüstungen verwirklicht zu sehen, die auf die Verteidigungsbedürfnisse jedes Landes Rücksicht nimmt und das jetzige schwere Mißverhältnis verschwinden läßt. Diese Ungleichheit ist die Hauptursache der internationalen Unsicherheit. Ich bin tief davon überzeugt, daß das Mißverhältnis zwischen den Rüstungen und dem wirklichen Verteidigungsbedürfnis eines jeden Staates das Haupthindernis ist bei der Verwirklichung eines Planes, der effektiv die Abrüstung bedeutet.“

Soweit die Völkerrstimmen, die einen allgemeinen Kagenjammer widerspiegeln. Wir fragen: Was nun?

Preisabbau — Erzeugerpreise Lohnsenkung.

Eine Erwiderung.

Mit der in Nr. 286 gebrachten Erwiderung eines Berliner Bäckermeisters wollten wir es genug sein lassen. Der Verfasser des vorliegenden Aufsatzes, alter treuer Leser des Aufmarsch, hält es aber für gut, wenn auch seine Meinung noch zu der Sache gehört wird. Man kann wohl sagen, daß alle Leute, die sich redlich plagen, in unserem armen Vaterlande manche Ursache zur Klage haben. Solche Auseinandersetzungen müssen zum Ziel die Aufklärung und die Verständigung haben. Jedenfalls ist das immer unsere Absicht bei der Veröffentlichung unserer Aufsätze.

Die Schriftleitung.

Der in Nr. 279 dieses Blattes veröffentlichte Artikel: „Preisabbau — Erzeugerpreise — Lohnsenkung“ enthält soviel Unrichtigkeiten und Angriffe auf den Stand der Kleinverbreitenden, daß ich mich veranlaßt sehe, hierzu Stellung zu nehmen.

Der Verfasser des Aufsatzes in Nr. 279 stellt den Sorgen des gewerblichen Mittelstandes völlig abnungslos gegenüber. Er hat sich leider nicht die geringste Mühe gegeben, den Dingen auf den Grund zu gehen, sondern von äußeren Gesichtspunkten aus leichtfertig über einen lebenswichtigen Stand den Stab gebrochen. Es kann jemand durchaus konsumentenfreundlich eingestellt sein und dabei trotzdem dem Warenverleiher Gerechtigkeit

widerfahren lassen. Der Artikelschreiber ist jedoch nur Konsument.

Die Warenverteilung ist ein so kompliziertes Wirtschaftsprüfung, daß man ihr mit Schlagworten wie „übersehbarer Zwischenhandel“, „unberechtigter Handelsverdienstspanne“ nicht beikommen kann.

Auch die Konsumgenossenschaften, die dem Artikelschreiber besonders ans Herz gewachsen zu sein scheinen, müssen die durch die Warenverteilung entstehenden Unkosten einkalkulieren. Die Preise dieser Konsumgenossenschaften zeigen, daß ihre Unkosten auch nicht geringer sind als die der Kleinverbreitenden.

Die Unterschätzung der mit einer richtigen Warenverteilung zusammenhängenden Kosten entpringt, wie man immer wieder feststellen kann, einer primitiven wirtschaftlichen Denkweise. Ich erinnere mich, daß der kaufmännische Direktor eines großen städtischen Gaswerkes auf den Einwand, daß die Herstellung des Gases doch nur einige Pfennige koste, mit Recht darauf hinwies, daß der Hauptbestandteil des Preises die Verteilung und Zuleitung des Gases darstelle. Der Verteilungsapparat jedoch — und das vergißt der Artikelschreiber — ist aus den verschiedensten Gründen so verteuert, daß ihn auch, so weit der Lebensmittelhandel in Frage kommt, die Landwirtschaft nicht billiger schaffen könnte, wenn sie nach dem Vorschlag des Verfassers unter Ausschaltung des Zwischenhandels gemeinsam mit den Verbraucherorganisationen die Verteilung selbst in die Hand nähme.

Was nun die insbesondere gegen das Bäcker- und Metzgergewerbe erhobenen Vorwürfe anbetrifft, so beschränke ich mich darauf, die Auffassung meiner Spitzenorganisation, des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, hier wiederzugeben. Sie lautet:

„Für das Bäckergewerbe wird ein Vergleich von Kornpreis und Brotpreis niemals ein klares Bild ergeben können. Auch darf man nicht in den Fehler verfallen, den Brotpreis in Zeiten eines hohen Wehlpreises, in denen der Bäckermeister, um nach Möglichkeit Preisänderungen zu vermeiden, den Mehlpreissteigerungen nicht ganz folgt, zu vergleichen mit dem Brotpreis in Zeiten eines niedrigen Mehlpreises, um festzustellen, ob der Brotpreis auch dem Sinken des Mehlpreises gefolgt ist. Bei allen Untersuchungen der Bäckerspanne muß daher die Preisentwicklung größerer Zeiträume betrachtet werden, bei denen von den Einkaufspreisen der Bäckermeister auszugehen ist. So zeigt sich, daß gegenüber dem ersten Halbjahr 1929 im ersten Vierteljahr 1930 die Einkaufspreise für Brotmehl je 1 Kilogramm Brot in Berlin um 1,9 Pfg. gesunken sind, in Breslau um 1,5 Pfg., der Brotpreis dafür aber je 1 Kilogramm um 2 Pfg., bezw. 3 Pfg. Außerordentlich aufschlußreich ist noch die Gegenüberstellung der Unkosten in den Jahren 1914 und 1930 für 1 Kilogramm Brot in Groß-Berlin, die die starke Zunahme der Unkosten bei Minderung des Gewinnes zeigt:

	1914	1930
Brotmehl	17,1 Pfg.	19,8 Pfg.
Sonstige Materialkosten	0,4 „	0,3 „
Lohnkosten einschl. Urlaub und Sozialbeiträge	2,2 „	6,1 „
Gehaltsunkosten einschl. Urlaub und Sozialbeiträge	0,8 „	2,5 „
Steuern	0,1 „	0,9 „
Sonstige Betriebsunkosten	5,5 „	6,4 „
Unternehmergewinn und Risiko	2,9 „	2,0 „
	29,0 Pfg.	38,0 Pfg.

Bei einer Kritik der Preise des Fleischerhandels darf nicht übersehen werden, daß heute die Rindfleisch

Streiflichter vom Wohlfahrtsamt.

Ein Werktagmorgen — Novemberwetter — Regen, Schneegestöber — kalt. Mit hungrigem Magen, in undichten Schuhen und dünnem Mantel gehe ich durch die Straßen der Stadt. Überall stehen in Gruppen Greise, Männer, Jünglinge — diskutieren —; alle arbeitslos — hoffnungslos.

Ein paar Unentwegte machen grobe Glossen und dann verzichtet mal dieser oder jener das schloffe Gesicht zu einem künstlichen Lächeln. An den Gruppen vorbei geht mein Weg zum Stadthaus, neun Schläge vom Turm hindurch die Morgenstunde an. Ein buntes Treiben in den Fluren, ein Kommen und Gehen. Da stehe auch ich schon vor der Tür meiner neuen Hoffnung, nicht allein, eine große Schar schwächerer Menschen hatte vorher das Ziel erreicht — Wohlfahrtsamt!

Als Neuling stelle ich mich etwas abseits, erst nicht achtend auf die prüfenden Blicke der mich musternenden Anderen. Die Türen sind belagert, die Bänke in den Fluren besetzt, mit Menschen, die Zeit haben, Zeit haben müssen!

Langsam geht mein Blick prüfend über die Wartenden. Wer ist das? Der Großhändler K. und dort Frau W. Da schließt sich eine Dame vor: „Ich habe nur etwas abzugeben.“ Ihr bestimmtes Auftreten, die hohe Erscheinung, die gut bürgerliche Kleidung läßt alle einen Augenblick verstummen, sie kommt durch, die Tür geht hinter ihr zu, sie ist am Ziel. Eine Viertelstunde vergeht, mit gesenktem Kopf kommt die Dame wieder, in der behandschulchten Rechten die rote Unterstützungskarte. Schimpfworte hallen hinter ihr her von den genasführten Wartenden.

Vorn in der Gruppe steht eine dicke Frau, mit dem Wackelkopf schwenkend, ihre Schimpfrede über die faulen Beamten begleitend: „Meine beiden Blagen bringe ich ihm heute hierher, wenn ich das Geld nicht bekomme. Mit dem Korbe schlage ich ihm ins Gesicht, wenn ich nicht den Schulschein erhalte.“ Alles schweigt. Der eine nicht, andere lachen müde. Nur ich dachte an die armen Kinder und nicht an mein eigenes Leid.

Abseits steht ein junger Mann, frisch das Gesicht, hell die Augen, noch nicht geistlos und abgestumpft sein Blick. Nicht ein Ausdruck in seinem Gesicht verrät, wie weit auch er vom Leben hart angepackt worden ist, nichts redet er — aufmerksam hört er Fragen und Antworten der anderen an. Jetzt ist die Reihe an ihm. Die Tür geht auf; wieder zu, er ist drin. Noch nicht fünf Minuten, er kommt schon wieder heraus. Weißt ich sein Gesicht, häufig greift er in die Tasche, glänzen nicht Perlen in den klaren Augen? — Abgewiesen!

Großhändler K. legt einem Bekannten seine ganzen Verhältnisse auseinander. Ich höre in Stichworten: Fünf-Zimmer-Wohnung, 120 Mark Miete monatlich, drei Kinder, muß meine Wohnung beibehalten wegen der Mädchen, bin 75 Prozent arbeitsunfähig, bekomme Rente und habe kein Geschäft mehr, von der Rente kann ich nicht leben, sie müssen mich unterstützen!

Eine schmale Frau, mit einem dünnen Wolltuch um die Schulter geschlungen, bittet, eben vorzudürfen, ihr Mann sei gestorben, sie wisse den Schein für den Sarg stempeln lassen. Alles schweigt, die Frau geht vorbei und hinein. Wir war's, als ob der Tod auch schon ihr folgte, ich sah keinen Schatten.

Auf der Bank sitzt ein Mann im besten Mannesalter, zwei Kinder hocken auf seinem Schoß. Nur sind sie mit dünnen Kleidchen angezogen, die nackten Schenkel der Beiden sind blau, sie frieren! Immer wenn die Tür des Zimmers auf und zu geht, steht der Mann auf. Jetzt steht er auf, seine Frau kam aus dem Zimmer — „Hast du es?“ ist seine Frage. Ein kurzes „Ja“. Sie nimmt ein Kind auf den Arm, er das andere. Im Abgehen höre ich die Frau sagen: „2½ Liter Milch pro Tag und Stoff für beide.“

Da steht stöhnend ein Greis; man merkt, ihn plagen Schmerzen. „Kann nicht einer mein Rezept mitnehmen zum Abstopfen? Ich kann nicht länger warten.“ Ihm wird geholfen, dankend geht er fort.

„Hast du den Kohlschein schon erhalten?“ ruft einer einem Bekannten zu. — „Ja, für drei Zentner.“ — „Ich

nicht, muß noch mal nachhören!“ — „Mußt aber Zeit haben,“ ruft der andere. — „Habe ich ja auch,“ sagt der bitter.

Jetzt geht die Tür für mich auf. „Was wünschen Sie?“ fragt eine klare Stimme. Ich lege meine Karte hin und sage: „Ausgesteuert.“ Eine Frage folgt der anderen, langsam, freundlich, bestimmt. „Sie können am Freitag an der Steuerkasse Ihre Unterstützung holen und, da Sie verheiratet, auch Ihren Kohlschein.“ Ich verlasse den Raum um vieles leichter als ich gekommen, der größten Sorgen entbunden und denke um vieles sozialer durch dich — Wohlfahrtsamt! A. H.

Von der Freusburger Arbeit.

Nachdem die Freusburger-Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung in Verfolgung ihres Kampfes um eine umfassende Lebenserneuerung kürzlich mit sehr gutem Erfolg die 10. Freusburger Singwoche, die 2. Werkwoche für neuzeitl. Gartenbau und die 7. Freusburger Haushalts- und Ernährungswoche durchführen konnte, die bei den überaus zahlreichen Teilnehmern aus den verschiedensten Kreisen allseitigen Beifall fanden, plant sie nunmehr folgende weitere Veranstaltungen:

28. 12. bis 3. 1. 1931: 11. Freusburger Singwoche unter Leitung von Professor E. Jos. Müller, Köln.

5. bis 11. 1. 1931: 8. Freusburger Haushalts- und Ernährungswoche unter Leitung von Hedwig Eichbauer, Hamm a. d. Sieg.

Weiterhin beabsichtigt die Freusburger-Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung einer Anregung aus den Kreisen der blühenden Jugend folgend eine Reihe von politischen Wochenend-Schulungstreffen, die im Januar beginnen sollen.

Nähere Auskunft über alle Veranstaltungen und die näheren Bedingungen (Anerkennung der selbstgewählten Hausordnung, freiwilliger Arbeitsdienst usw.) gegen doppeletes Rückpostgeld durch das Arbeitsamt der Freusburger Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung, Hilsenbach in Westfalen, Postfach 14.

gegenüber
die feinsten
hier von ein
stätigt die T
leben und i
die Preise e
es unbenom
er glaubt, d
den. Ueber
benshaltung

Die Freusburger Arbeit.

Zum
nischen Se
die Gegner
handlung d
targefängni
die dabei b
hören auß

Nach
führer die
und ledigli
des polnisch
wurden dar
Militär un
schleppst.

Abg.
nischen So
päischen M
Siedet von
so lange
Etwas spä
und Lieber
Wagen in
ein Polzei
zu Boden
und noch
20 blutige

Gleich
eine Min
Stimme ge

Im G
von den w
dust und n
Gleichzeitig
Liebermann
nisterpräsi
einem kurz
ben, Latrin

Wenn
gendwie de
ein, in der
Bedürfnisse
Bettstelle
Holzleiste
etwas Bro

Am f
Dr. Magin
Region, fe
von der n
nischen Par

Zu d
Kopiel auf
Mann gef
er von an

Rabbi

Graf Bern

Tas
noch unter
einen Ver
der deutsch
rüstungsan
Ausführlic
Ausdrucks

Zu e
Reichstabi
Denkschrift
fahr zu
Reichstag
es grunds
weilen zu
der Denks
sprechender

Reich
terredung
bartei Dr.
für die B
hand der
weitere 30
dieses Un
ler, sei, d
jeder Gef

Den

Die
beit in De
der Bertr
des Reich
schen Volk
trumsstud
tischer St
schaft Deu

ist jedoch nur
pliziertes Wirt-
orten wie „über-
handelsverdienst.
dem Artikel
zu sein scheinen,
nützlichen Un-
Konsumgenos-
nicht geringer

tigen Warenver-
bringt, wie man
primitiven wirt-
h, daß der kauf-
schen Gaswerkes
des Gases doch
auf hinwies, daß
teilung und Zu-
lungsapparat je-
er — ist aus den
af ihn auch, so-
ommt, die Land-
wenn sie nach
usfaltung des
Verbraucherorga-
Hand nähme.
des Bäder- und
nbezieht, so be-
meiner Epigen-
deutschen Hand-

Vergleich von
klares Bild er-
den Fehler ver-
hen Mischpreis,
öglichkeit Preis-
preissteigerungen
den Brotpreis in
festzustellen, ob
ehlpreis gefolgt
rsparne muß da-
räume betrachtet
eisen der Bäder-
gegenüber dem
hr 1930 die Ein-
n Brot in Berlin
uhr 1,5 Pfg., der
um 2 Pfg., bezw.
noch die Gegen-
en 1914 und 1930
n, die die starke
g des Gewinnes

1914	1930
Pfg.	19,8 Pfg.
"	0,3 "
"	6,1 "
"	2,5 "
"	0,9 "
"	6,4 "
"	2,0 "

Pfg. 38,0 Pfg.
Fleischergewerbes
te die Rundschaff

„Mußt aber Zeit
ja auch,“ sagt die

„Was wünschen
lege meine Karte
tage folgt der an-
„Sie können am
terfütigung holen
dohlenschein.“ Ich
als ich gekommen,
ke um vieles so
H. S.

beit.

meinschaft für Be-
Kampfes um eine
mit sehr guter
2. Werkwoche für
burger Haushalte
ante, die bei den
den verschiedensten
t sie nunmehr fol-

ger Singwoche un-
ller, Köln.
Haushalts- und Er-
bedwig Eichbauer,

urg-Arbeitsgemein-
nregung aus den
eine Reihe von
die im Januar

staltungen und die
der selbstgewählten
it usw.) gegen dop-
mit der Freisburg-
erung, Sittenbach

gegenüber früher nur noch die besten Fleischstücke und die feinsten Wurstwaren verlangt. Im übrigen kann hier von einer Preisbindung keine Rede sein. Das bestätigt die Tatsache, daß in den verschiedensten Fleischläden und in den verschiedensten Gegenden einer Stadt die Preise ebenso verschieden sind. Jedem Käufer bleibt es unbenommen, sich den Fleischläden auszusuchen, wo er glaubt, die beste und preiswerteste Bedienung zu finden. Uebrigens wird zur Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten für den Durchschnitt des Monats

Oktober 1930 nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts bekanntgegeben, daß u. a. auch die Preise für Fleisch niedriger als im Vormonat lagen.“
Der wirkliche Preisabbau, den wir alle sehr herzlich wünschen, kann nur erreicht werden in gegenseitiger verständnisvoller Fühlungnahme, ohne daß Voreingenommenheit und Gehässigkeit den klaren Blick trüben. So handeln wir auch zugleich christlich.
Hermann Waterkamp, Duisburg-Beed.
Obermeister der Bäcker-Zunft, Duisburg-Ruhrort.

Greuel in Polen.

Die Folterungen in Brest-Litowsk

Enthüllungen im polnischen Parlament. — Prügel, Hungerkuren und „Probe-Hinrichtungen“.

Zum Schluß einer zehnstündigen Sitzung des polnischen Sejm, der letzten in diesem Jahre, brachten die Gegner der Regierung eine Anfrage über die Behandlung der verhafteten Oppositionsführer im Militärgefängnis von Brest-Litowsk ein. Die Einzelheiten, die dabei bekannt wurden, sind für die polnischen Behörden außerordentlich belastend.

Nach der Anklageschrift der Opposition sind die Führer dieser Parteien ohne Gerichtsbeschluss und lediglich auf Grund einer schriftlichen Verfügung des polnischen Innenministers verhaftet worden. Sie wurden dann in geschlossene Wägen, „verpackt“ und von Militär und Polizei in unbekannter Richtung verschleppt.

Abg. Dr. Wiebmann, ein Führer der polnischen Sozialdemokraten und ein Jurist von europäischem Ruf, wurde auf dem Wege nach Brest bei Siedlitz von den begleitenden Polizisten und Gendarmen so lange geschlagen, bis er das Bewusstsein verlor. Etwas später blieb das Auto in einem Walde stehen, und Wiebmann wurde mit Kolbenhieben aus dem Wagen in den Wald getrieben. Im Walde schlug ihn ein Polizeikommissar zweimal ins Gesicht, so daß er zu Boden stürzte. Wiebmann wurde dann entleidet und nochmals derart furchtbar mißhandelt, daß er über 20 blutige Wunden davontrug.

Gleichzeitig rief man ihm zu: „Das hast du für deine Ministeranklage, und das hast du, weil du die Stimme gegen den Herrn Marschall erhoben hast.“

Im Gefängnis wurden die politischen Gefangenen von den wachhabenden Offizieren und Gendarmen geduldet und mit den gemeinsten Schimpfwörtern belegt. Gleichzeitig hielt man sie zu den schwersten Arbeiten an. Wiebmann, Professor Prager und der ehemalige Ministerpräsident Witos mußten mit Vapen oder mit einem kurzen kleinen Beisen, also fast mit bloßen Händen, Latrinen reinigen und Fußböden scheuern.

Wenn die Abgeordneten die Gefängnisordnung irgendwie verletzten, so sperrte man sie in finstere Zellen ein, in denen nicht einmal Kübel für die natürlichen Bedürfnisse standen. Das Lager bestand aus einer Bettstelle ohne Strohsack mit voneinander abstehenden Holzleisten. Als Nahrung erhielten die Gefangenen etwas Brot und warmes Salzwasser.

Am schlimmsten scheint es dem Bauernführer Dr. Baginski, einem früheren Offizier der polnischen Legion, ferner dem ehemaligen Abgeordneten Popiel von der nationalen Arbeiterpartei und dem ober-schlesischen Partikularistenführer Korsantjy ergangen zu sein.

In der Nacht vom 10. zum 11. Oktober wurde Popiel auf Befehl eines Hauptmanns in einen dunklen Raum gesperrt. Als er die Schwelle überschritt, wurde er von zwei Gendarmen gepackt und auf einen Tisch

geworfen. Dann legte man ihm ein nasses Tuch auf den Rücken und verprügelte ihn mit eisernen Stäben 30 Hiebe. Als die Exekution abgebrochen wurde, erklärte ihm der Hauptmann, der die Mißhandlung beaufsichtigte: „Du kannst froh sein, so wenig erhalten zu haben. Das nächste Mal wird Marschall Pilsudski befehlen, dir eine Kugel in den Kopf zu jagen.“

Im Namen Pilsudskis!

Bedeutend für die Beurteilung der Verantwortlichkeit ist eine Aeußerung des Gefängniscommandanten Oberst Wiernadzi gegenüber Dr. Wiebmann, der erklärte: „Alle Gefangenen sind vom Befehl Marschall Pilsudskis abhängig, der Marschall wird über ihr Schicksal entscheiden.“ Diese Auffassung bestätigte auch noch ein anderer Offizier, der noch hinzufügte: „Wenn der Marschall befiehlt, die Gefangenen zu töten, so würden sie getötet werden, und wenn er befiehlt, sie zu verurteilen, so würden sie verurteilt werden.“

Weiter bestätigt die Interpellation — die natürlich ungeheures Aufsehen erregt hat — die bereits bekannten Schein-Hinrichtungen. Will die polnische Regierung auch jetzt noch in Schweigen verharren?

Pilsudski gegen Pilsudski.

Pilsudskis Meinung über Oberschlesien: eine uralte preußische Kolonie.

Kattowitz, 18. Dezember. Vor dem Kattowitzer Bezirksgericht fand am Mittwoch in zweiter Instanz ein sehr interessanter politischer Prozeß statt. Gelegentlich einer Versammlung der Korfantjy-Partei im April d. Js. äußerte der frühere Eisenbahnbeamte Fuhl, daß Marschall Pilsudski es sich niemals habe träumen lassen, daß Oberschlesien jemals zu Polen kommen würde. Gegen Fuhl wurde daraufhin ein Strafverfahren wegen Verbreitung falscher Behauptungen eingeleitet. In erster Instanz wurde Fuhl zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte Fuhl Berufung ein. Er erbot sich den Wahrheitsbeweis anzutreten. In der am Mittwoch stattgefundenen Verhandlung gelang es dem Angeklagten tatsächlich, diesen Wahrheitsbeweis zu erbringen. Die von ihm benannten Zeugen, darunter Musikdirektor Lewandowski, sowie der Sejm-Abgeordnete Sosinski, erklärten unter Eid, daß im Jahre 1919 eine schlesische Abordnung beim Marschall Pilsudski wegen finanzieller Hilfe für die Losreisungsbestrebungen Oberschlesiens von Deutschland vorstellig geworden sei. Pilsudski habe die Abordnung ziemlich ungnädig empfangen und sich wörtlich geäußert: „Also nach Schlesien gelüftet es Euch, aber Schlesien ist doch eine uralte preußische Kolonie!“

Der Angeklagte wurde freigesprochen, weil sich das Gericht auf den Standpunkt stellte, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis in jeder Hinsicht geglückt sei.

Die Verhandlungen und Beschlüsse der vorbereitenden Abrüstungskommission beim Völkerbund müssen den schärfsten Protest aller Deutschen und aller Völkerbundsmitglieder herausfordern.

Das Versagen der Abrüstungskommission, die die Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung in ihr Gegenteil verkehrt hat, ist geeignet, den Glauben an die Wirksamkeit des Völkerbundes aufs Schwerste zu erschüttern. Die übermächtigen Mächte Frankreichs und der meisten übrigen europäischen Staaten, denen ein völlig abgerüstetes Deutschland gegenübersteht, gefährden die Sicherheit und friedliche Entwicklung Deutschlands und Europas.

Die in der Zentralstelle für studentische Völkerbundsarbeit vereinigten Studentenverbände protestieren daher im Interesse des Völkerbundsgedankens gegen die Beschlüsse der vorbereitenden Abrüstungskommission, die gegen die vertraglich festgelegte, durch Deutschlands Entwaffnung eingeleitete allgemeine Abrüstungsbeschränkung und damit gegen den Gedanken des Abrüstungsausgleichs verstoßen und die Deutschland als ein Völkerbundsmitglied minderen Rechts erscheinen lassen.

Kommunistisches Steinbombardement gegen Stadtparlament.

Königsberg, 18. Dezember. Während der Beratungen der Stadtverordneten zog in den späten Abendstunden des Mittwoch ein Trupp von etwa 20 Kommunisten vor das Stadtparlament und eröffnete ein regelrechtes Steinbombardement. Zahlreiche Fensterheben wurden zertrümmert. Einige Wurfgeschosse landeten zum Entsetzen der Stadtverordneten im Sitzungssaal. Ein Abgeordneter wurde von einem faustgroßen Stein an der Schulter getroffen. Steine und Glasplitter bedeckten die in der Nähe der Fenster stehenden Tische. Als einige Abgeordnete hinausliefen, ergriffen die Kommunisten die Flucht. Polizei nahm die Verfolgung auf und konnte einen 19jährigen Kommunisten verhaften.

Die Wahrheit über die Ufa.

Von der deutschnationalen Pressestelle wird folgendes geschrieben:

Wegen der erneuten schweren Angriffe auf die Ufa scheint es angebracht, das von den Gegnern der Deutschnationalen Volkspartei absichtlich oder in Unkenntnis der Tatsachen verzerrte Bild der größten deutschen Filmproduktionsfirma richtig zu stellen. Jede objektive Prüfung der kulturellen Arbeit der Ufa-Filmhersteller muß vielmehr zur Erkenntnis kommen, daß dieses größte deutsche Filmunternehmen sich in steigendem Maße fortentwickelt.

Freilich muß man zwischen der Ufa vor und nach 1927 unterscheiden. Im Jahre 1927 übernahm Eugen Berg den Konzern und mit diesem Zeitpunkt wurde ein radikaler Schnitt mit der gesamten Vergangenheit des Unternehmens gemacht. Eine wirklich aufbauende Arbeit konnte aber erst begonnen werden, als Ende 1928 die Eugenbergs nachstehenden Gesellschaften 51 Prozent der Ufa-Aktien in ihrer Hand vereinigen konnten.

Während vorher Verträge mit amerikanischen Gesellschaften (der Paramount, der Metro-Goldwin) geschlossen waren, die die Ufa zwangen, etwa 32 Filme jährlich zu liefern zu nehmen und in den Ufa-Theatern unter dem Aushängeschild „Parafamet“ laufen zu lassen — die Verträge liefen noch bis in das Jahr 1930 hinein —, war die neue Verwaltung bestrebt, diese Verträge zu lösen bzw. sie soweit zu verbessern, daß wenigstens gegen einzelne Filme Einspruch erhoben und sie aus dem Programm entfernt werden konnten. Daß das nicht ohne erhebliche finanzielle Opfer möglich war, wird sich jeder in wirtschaftlichen Dingen halbwegs Erfahrene lagen müssen. Die Hauptfrage war aber: Das Übergewicht der Amerikaner auf dem deutschen Filmmarkt hatte endlich sein Ende gefunden. Wenn die Vonderburg durch Eugenbergs eine grundlegende Wandlung in wohlverstandenen deutschen Interesse begann und heute zugunsten des deutschen Films vollzogen ist, wie gründlich — das erleben wir aus dem Prager Putsch im Oktober, der Budapestter Hege, Wagnahmen, die die hemmungslose Aufnahme des amerikanischen Films mit Gewalt erzwingen sollen.

Daß Eugenbergs die Sanierung der alten „Univerum-Film-AG“ überhaupt gewagt hat, ist eine nationale Tat! Es bestand die nicht geringe Gefahr, daß radikale Parteien die Unternehmung aufkauften. Wenn man außerdem bedenkt, daß die alte Ufa in einem Zeitraum von 3 Jahren 65 Millionen zugelegt hat, zu denen sich später weitere 15 Millionen aufgebährte Werte hinzufügen, so gehörte ein riesengroßer Mut dazu, die Gesundung eines so unrationellen Betriebes überhaupt zu erhoffen, geschweige denn in so kurzer Zeit durchzuführen. Neue Verluste sind vermieden worden, die aufgelaufenen Werte konnten abgeschrieben werden, ja, die erforderlichen Gelder für Umstellung auf Tonfilm konnten noch aus eigenen Mitteln genommen werden. Finanziellen Profitten wurde nicht nachgejagt, wie böswillige Verleumder behaupten. Gewinne sind nicht ausgeschüttet worden.

Es ist klar, daß bei einer wirtschaftlichen Sanierung von diesem Ausmaß und angesichts der übernommenen Verträge eine Beherrschung des kulturellen Niveaus — und um dieses Zielles willen war ja die Ufa erworben worden — nur allmählich erreicht werden konnte. Die Sanierung war die Voraussetzung dafür. Erst nach und nach konnten immer bessere Filme produziert, die noch aus alten Verträgen stammenden schlechten Filme abgetrieben werden. Diesen Weg ist die Ufa in den drei Jahren planmäßig gegangen. Eugenbergs Ziel, aus der Ufa ein Film-Kulturunternehmen zu machen, ist ganz allmählich — und unter den schwierigsten Verhältnissen — der Verwirklichung näher gebracht worden. Unendlich viel bleibt noch zu tun übrig.

Voraussetzung für den endgültigen Erfolg aber ist, daß nicht die Freunde deutscher Kultur selbst die Ufa tödlich schlagen, indem sie sie betritteln, unnötig in politische Diskussionen hineinzuziehen und damit ihre Arbeit gefährden. Diese Taktik sollte man lieber den politischen Gegnern überlassen. Die Gefahr, daß der Amerikanismus uns erstickt, ist angesichts der wirtschaftlichen Überlegenheit der amerikanischen Filmindustrie auch heute noch nicht beseitigt. Die Kulturkritiker vergrößern die Gefahr.

Ein Punkt sei abschließend noch kurz behandelt. Bei den Wahlen wurde mit der Behauptung gearbeitet, ein Film der Bibelthematik sei in der Ufa hergestellt und in ihren Theatern vertrieben worden. Wie wir ermitteln konnten, ist der Film, der sich „Die Weltorgantiation“ titelt, für die Wagnatur-Gesellschaft von der K.E.-Film — einem kleinen Berliner Verleihunternehmen — hergestellt worden. Die Verleihabteilung der Ufa hat die Unterbringung des Films in Ufa-Theatern nach Befichtigung von vornherein abgelehnt. Die Theaterabteilung der Ufa hat jetzt nochmals veranlaßt, daß dieser Film in keinem Ufa-Theater zur Aufführung gelangt.

Demonstrationsverbot in Magdeburg.

Die Hitlerveranstaltungen und die Gegenkundgebungen verboten.

— Magdeburg, 18. Dezember.

Die für den heutigen Donnerstag angesetzte nationalsozialistische Kundgebung in Magdeburg, in der der Führer der Bewegung, Adolf Hitler, sprechen sollte, ist vom Polizeipräsidenten verboten worden. Ebenso wurden die geplanten Gegenkundgebungen des Reichsbanners und der Kommunisten und darüber hinaus alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel bis zum 5. Januar 1931 verboten.

Zur Begründung dieses Verbots veröffentlicht das Polizeipräsidentium Magdeburg eine längere Mitteilung, in der unter Bezugnahme auf die in den Vortagen mit den Parteien geführten Verhandlungen gesagt wird, daß das Polizeipräsidentium habe „aus der Haltung der Führer entnommen, daß diese ihre Gefolgschaft nicht fest in der Hand hätten.“ Nachdem der Vorschlag der Behörden, die einzelnen Veranstaltungen örtlich und zeitlich zu trennen, keine Annahme gefunden habe, hätte das Verbot ausgesprochen werden müssen.

Politische Zusammenstöße in Bonn. In Bonn kam es in der Altstadt zu Zusammenstößen und Schießereien. Ein Trupp Nationalsozialisten wurde von politischen Gegnern beschossen. Hierbei erhielt ein Nationalsozialist einen Lebererschuß, ein anderer einen leichten Armschuß. In demselben Viertel wurden zwei Studenten von drei Männern überfallen, wobei ein Student einen Stich in den Unterleib erhielt.

Das Geheimnis von Lüttich

teilweise geklärt.

Brüssel, 17. Dezember. Die Untersuchung der Leichen im Maastal hat ergeben, daß schädliche Gase, die mit dem Nebel vermengt waren, die Todesursache gewesen sind. Die Art dieser Gase konnte noch nicht er-

Deutschlands Sicherheit gefährdet.

Die Zentralstelle für studentische Völkerbundsarbeit in Deutschland sagte einstimmig mit den Stimmen der Vertreter der Deutschnationalen Studentenschaft, des Reichsausschusses der Hochschulguppen der Deutschen Volkspartei, des Reichsverbandes Deutscher Zentrumsschüler, des Reichsbundes Deutscher Demokratischer Studenten und der Sozialistischen Studentenschaft Deutschlands und Österreichs folgenden Beschlufs:

mittelt werden. Zurzeit sind in Engis noch etwa 100 Personen erkrankt. Am Mittwoch früh herrschte im Maastal wiederum dichter Nebel, aber Erkrankungen sind nicht gemeldet worden.

Gesperrte Grenzen.

Die internationale Arbeitslosigkeit führt zu einer immer stärker werdenden Sperre der Arbeitsmärkte in den verschiedensten Ländern, in denen besondere Gesetze zum Schutze der heimischen Arbeit den Ausländern die Arbeitsaufnahme erschweren. So wollen die Vereinigten Staaten nach einem jetzt vom Einwanderungsausschuß des Repräsentantenhauses bestätigten Entwurf die Einwanderung für die Dauer von zwei Jahren verbieten. Nicht angewandt werden sollen diese Bestimmungen auf die Verwandten der in den Vereinigten Staaten wohnenden Personen. Ihre Einwanderung soll so lange gestattet werden, bis die Hälfte der jetzt geltenden Einwanderungsquote erreicht ist.

Auch die besondere Schärfe, mit der seit 1929 gegen die auf ungelegliche Weise Eingewanderten vorgegangen wird — im Jahre 1929 wurden 2762 Personen des Landes verwiesen, 1929 rund 12 900, und in diesem Jahre rechnet man mit 17 000 — liegt ebenfalls in dem Bestreben begründet, den Arbeitsmarkt dort zu entlasten, wo nur irgendwie die Möglichkeit dazu geboten ist. In dem Zeitraum vom 1. Juli 1929 bis zum 30. Juni 1930 wurden nicht weniger als 30 000 Ausländer verhaftet, die unerlaubt die amerikanischen Grenzen überschritten hatten!

Auch die kanadische Regierung hat sich entschlossen, die Einwanderung nahezu gänzlich zu unterbinden. Eine diesbezügliche Verordnung des Generalgouverneurs ist unter der Nummer P. C. 1957 in Kraft getreten. Nach dieser Verordnung ist die Einwanderung nach Kanada für alle Klassen von Einwanderern, und zwar ohne Rücksicht auf ihren Beruf, verboten. Eine allgemeine Ausnahme machen die Einwanderer aus Großbritannien und Irland. Ausgenommen sind ferner Landwirte mit entsprechenden Mitteln, um in Kanada eine Farm betreiben zu können. Nicht unter diese Bestimmungen fallen ferner Frauen und Kinder unter 18 Jahren jener Männer, die gesetzlich zugelassen sind, sich dauernd in Kanada aufhalten und die in der Lage sind, für ihre Familie zu sorgen; ebenso nicht die Personen, die bereits vor dem 14. August 1930, jedoch nicht vor dem 15. März 1930, eine einseitige Einreisegewilligung erhalten haben.

Mexiko will die bereits bestehenden Einwanderungsbestimmungen verschärfen, doch soll sich diese Maßnahme vorwiegend gegen die unerwünschten Ausländer, wie Chinesen und Syrier, richten. Auf je 22 000 männliche Chinesen entfallen in Mexiko nur 1500 weibliche, ein Umstand, der schwerwiegende soziologische Folgen für das Land nach sich zieht. Auch die verstärkte Einwanderung polnischer Elemente wird ungern gesehen, zumal die Polen, die sich vorwiegend als Straßenhändler betätigen, dem legitimen Handel schweren Schaden zufügen. Den gleichen Weg wie Mexiko will die Regierung von Cuba gehen, allerdings ist hier die weitere Einschränkung der Einwanderung nur als eine Maßregel vorübergehender Art gedacht. Brasilien hat ein einjähriges Einwanderungsverbot ausgearbeitet.

Aber nicht nur in Übersee, sondern auch auf dem europäischen Festland greift man zu derartigen Beschränkungen. Selbst nach Frankreich, das unter dauerndem Mangel an Arbeitskräften zu leiden hat, ist die Einreise zur Arbeitsaufnahme nur mit einem französischen Arbeitsministerium in Paris visierten Arbeitskontrakte ausgestellt wird, möglich. Andernfalls setzt sich der Einwanderer schwerer Bestrafung aus. Wer zum Stellenantritt nach Italien reisen will, bedarf der vorherigen Genehmigung durch das italienische Ministerium des Inneren. Erfahrungsgemäß wird die Arbeitsbewilligung an neu einreisende Ausländer jedoch nur in den allerletzten Fällen erteilt. In Portugal ist insbesondere die Anstellung von Ausländern in Handels- und Industrieunternehmen erschwert. Diese Unternehmungen dürfen, so

lange die betreffenden Berufsstellen noch Stellenlos aufweisen, nur portugiesische Angestellte beschäftigen. Bereits beschäftigte Ausländer dürfen weiter beschäftigt werden, sobald sie aber ersetzt werden müssen, hat dies durch einheimische Arbeitskräfte zu erfolgen. Auch in Rumänien wurde ein ähnliches Gesetz verabschiedet. Danach ist die vorherige Bewilligung zur Ausübung eines Berufes durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheitswesen und soziale Fürsorge erforderlich. In der gleichen Weise schloß sich die skandinavischen Staaten gegen arbeitsuchende Ausländer. Die gleichen Schwierigkeiten bereitet Litauen, das ebenfalls die Genehmigung zur Ausübung eines Berufes im Staate Litauen durch das Innenministerium vorschreibt. Ausgenommen sind die Bürger der Staaten, die auf Grund von besonderen Verträgen den Bürgern Litauens in ihren Staaten die Arbeitsaufnahme ohne Einschränkung gestatten. Ähnliche Gesetze bestehen in der Schweiz, in Deutschland, Österreich und anderen Ländern, die mehr oder weniger rigoros die Arbeitsaufnahme von Ausländern erschweren oder ganz unmöglich machen.

Beginn der Etatsdebatte.

Antrag auf Freilassung eines von den Polen verhafteten Abgeordneten.

— Berlin, den 17. Dezember 1930.

Die Landtagsaussprache über den preußischen Staatshaushaltsplan für 1931 begann vor fast leeren Banken. Gleich zu Beginn der Debatte wurde eine Reihe weiterer Gegenstände mit der Etatsberatung verbunden, auch stimmte der Landtag einstimmig einem Antrag zu, der das Staatsministerium ersucht, im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt die Freilassung des von den Polen anlässlich einer Kundgebung in Königsberg verhafteten kommunistischen Abgeordneten Tuntel zu bewirken. Nach der der Etatsdebatte äußerte sich der neuernannte Ministerialdirektor Meyer über die Gewährung billiger Darlehen für den Bau kleiner Wohnungen.

Schiedspruch für das Buchdruck-Gewerbe.

— Berlin, 18. Dezember. Für das deutsche Buchdruck-Gewerbe hat das tarifliche Schlichtungsamt einen Schiedspruch gefällt, nach dem die bestehenden Lohnsätze bis zum 13. Februar 1931 mit der Maßgabe verlängert werden, daß zur Fortsetzung der Beratungen und zur Fällung eines weiteren Schiedspruches die Schlichtungskammer am 2. Februar erneut zusammentritt.

Revolution in Guatemala.

Blutige Kämpfe in der Hauptstadt.

In Guatemala ist nach einem Telegramm des dortigen amerikanischen Geschäftsträgers eine Revolution ausgebrochen. In zahlreichen Teilen der Hauptstadt ist es zu blutigen Kämpfen gekommen. Der Kampfverlauf zwischen San Salvador und Mexiko City ist der Unruhe wegen ohne die sonst übliche Zwischenlandung in Guatemala City durchgeführt worden.

Nach einer neuen Meldung ist die Regierung des Präsidenten Palma, der an Stelle des schwer erkrankten Präsidenten Chacon die Präsidentschaft führte, gestürzt worden.

Es soll ferner bereits eine provisorische Regierung gebildet sein, als deren Präsident Manuel Orellana ausgerufen ist.

Der frühere Kriegsminister soll bei dem Umsturz ums Leben gekommen sein.

Verschiedenes.

Einen Ferienkursus für Pfarrer, Lehrer und theologisch interessierte Laien wird die evangelisch-theologische Fakultät der Universität Münster i. W. von Montag, den 5. bis Mittwoch, den 7. Januar 1931 in Münster abhalten.

Verzeichnis der Vorträge und Darbietungen:

Prof. D. Herrmann: Das Vaterunser vom Alten Testament aus gesehen.

Für 15. Febr. 1931 nicht zu junge

Haustochter

zu zwei Kindern von 2 und 5 J. gesucht und zur Unterstützung der Hausfrau. — Köchin vorhanden. Kammerdirektor Jaak, Erbach im Odenwald.

Pastor Felkes Magenstärker

hilft bei allen Magenbeschwerden ganz hervorragend. Erhältlich in den Apotheken, wo nicht, direkte Zusendung ohne Preisaufschlag franco gegen Nachnahme (Mk. 3.50 d. Fl.) durch die allein berechnete Herstellerin: Firma Hermine Schmitz, Dulsburg Fabr. pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Preisabbau

Künstl. Zahnersatz, Plombierungen etc. Künstl. Zähne 5.—, 3.— Stützähne 18.—, 12.— Goldkronen 24.—, 18.— Plomben 4.—, 2.— in feinsten Ausführung. Kein Krankenschein erforderlich. Tel. 2220 Rauschenbusch, am Markt Nr. 11 Tel. 2220

Werbt für den Aufwärts!

Gebrauchte, gut durchreparierte

Pianos

in der Preislage von Mk. 325.—, 375.—, 550.—, 750.— auch auf Teilzahlung, abzugeben.

FESTING

PIANOFORTEFABRIK

Schwermütige, Verzägle, Erholungsbedürftige und solche, die in geistiger Not sind, finden freundliche Aufnahme und Hilfe im Herrn zu mäßigem Preise im

Erholungsheim Haus Friedensruh in Laufen/Enz, O./A. Ballingen (Würtbg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die Leitung des Hauses

Kauft Schuhe im Sachgeschäft

Krämer & Schlingmann Bielefeld, Ecke Obern- und Niedernstr.

Da sind Qualität und guter Sitz verbürgt.

Neu!

„Unentbehrlich“

Beobachtungen des kürzlich aus Afrika zurückgekehrten Missionärs P. Ronde 64 Seiten Preis RM. 0.50

„Die Salgenallee“

Berichte einer auf einsamem Posten stehenden Missionärsfrau. Von Frau Pastor Möhrchen 32 Seiten Preis RM. 0.30

Zwei bedeutungsvolle Missionsschriften, die in besonderer Weise auf die Arbeit der Frauen in der Mission eingehen.

Bestellungen erbittet

Schriftenniederlage der Anstalt Bethel b. Bielefeld Postfach 2010 Hannover 49652.

Geh. Rat Prof. D. Dr. Grünmacher: Die Quäker.

Prof. D. Schmitz: Die Pauluskonstruktion Albert Schweitzers.

Prof. D. Fried. Wilh. Schmidt: Das Vaterunser als soziales Gebet im Religionsunterricht.

Prof. D. Piper: Das Schicksalsproblem — Der französische Protestantismus.

Prof. D. Dr. Rothert: Diedrich von Nieheim, ein westfälischer Publizist zur Zeit des Konstanzer Konzils.

Prof. D. Thimme: Heinrich Seuse in religionspsychologischer Beleuchtung.

Priv.-Doz. Lic. Foerster: Das 12. Kapitel der Offenbarung Johannis.

Priv.-Doz. Lic. Brandt: Die Predigt als Gedankenarbeit, erläutert an modernen Predigten.

Priv.-Doz. Lic. Elliger: Jesaja 53 in der neuesten Forschung.

Dr. Ameln: Eine Choralstunde.

Prof. D. Dr. Stählin: Das Vaterunser soziales Gebet im Religionsunterricht.

Mittwoch, den 7. Januar findet in der Apostelkirche eine Gedächtnisfeier für Geh. Rat Professor D. Julius Smeend statt. Die Gedächtnisrede hält Prof. Stählin. Musikalische Vorträge.

Teilnehmerkarten 5,— RM., für Kandidaten und Studenten 2,50 RM.

Im Samstagsmorgen können 24 Teilnehmer billig untergebracht werden. Nähere Auskunft durch Prof. D. Otto Piper, Münster i. W., Sabichtshöhe 6.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. (Rohkostvortrag.) Heute (Donnerstag) abend 8 Uhr findet im Gemeindehause, Grünstraße 38, ein Vortrag von W. Thiele statt über „Bewundernswürdige einer vernünftigen Rohkost.“ Karten 50 Pf., reservierter Platz 1 Mark. Freitag und Sonnabend schließt sich ein Kurzus an. Alles Nähere in der Versammlung.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer. Heute 8 Uhr: Jungvolk-Abend. Freitag 8 1/2 Uhr: Letzte Bibelstunde. Anschließend Vorstandssitzung. — Bitte: Die mit für den Spinnereiblock zugesagten Plätzen und andere Lebensmittel erbitte ich bis Freitagabend nach Ephra. Br. Spring.

— Zur gefl. Beachtung! Zur Ausgabe der Paket-Adressen ist die Anstaltspost geöffnet am Sonntag, den 21. Dezember, von 8.30 bis 9 und 2 bis 2.30 Uhr. Am 1. und 2. Feiertag von 8.30 bis 9 Uhr.

— Die Sarepta-Apotheke schließt am Heiligabend um 1 Uhr mittags.

Anzeigen aus Bethel.

— Unsere Verkaufsräume bleiben vom 24. Dezember mittags 12 Uhr bis 29. Dezember 8 Uhr früh geschlossen. Wir bitten unsere verehrte Kundschaft, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Ophir.

Vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Duttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleichbach 28. Für Gebildungen Postfach 2010: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Für den Weihnachtsfisch!

Photo-Apparate:

Größte Auswahl in Fabriken nur erster Firmen.

Das Kinlein:

Der ideale Heimkino-apparat. Vorführung jederzeit.

Zahlungserleichterung bereitwilligst!

MARKT-DROGERIE Otto Battig

Teleph. 110 Niederwall 9 Teleph. 110

Weihnachtsflugblatt

Ein vierseitiges, mehrfarbiges Werbeblatt mit Bildern geschmückt, geeignet zum Verteilen auf Weihnachtsfeiern, in den Kirchen, Bahnhöfen, Weihnachtsmärkten usw.

Das Blatt ist zu beziehen durch den Blätterverlag der Anstalt Bethel, Abteilung „Herz und Haus“, Bethel bei Bielefeld.

Postfach Hannover 7982. Das Stück kostet 2 Pfennig. Bei größeren Bezügen Ermäßigung. Probenummern auf Wunsch.